

Weichenstellungen in der Steuerpolitik

Konsenspapier

Der Staat verzeichnet Rekordsteuereinnahmen: 2018 lagen sie bei 776 Milliarden Euro, für 2023 wird mit 908 Milliarden Euro gerechnet – das sind nochmal 132 Milliarden mehr. Die Steuereinnahmen in Deutschland werden, wenngleich das Wirtschaftswachstum verhaltener eingestuft wurde, weiter spürbar zulegen. Die Spielräume, die sich daraus ergeben, wollen wir nutzen: für mehr Netto vom Brutto für die Menschen, für neue Wachstums- und Innovationsperspektiven für unsere Wirtschaft und für sinnvolle steuerliche Impulse für das Klima.

Den Menschen mehr Netto vom Brutto lassen

- Steuererhöhungen und neue Steuern wären Gift für Bürger und Wirtschaft. Wir lehnen sie daher entschieden ab. Leistung muss sich lohnen. Die Steuerlast muss abgebaut, unser Land als Standort stärker werden.
- Solidaritätszuschlag komplett abschaffen: Ab 2020 fließt der Soli nicht mehr in den Aufbau Ost. CDU, CSU und SPD werden wie im Koalitionsvertrag vereinbart in der laufenden Legislaturperiode 90 Prozent der Steuerzahler von ihm befreien. Das muss dringend als erster Schritt umgesetzt werden. Gleichzeitig muss der Fahrplan für die vollständige Abschaffung des Soli fixiert werden.
- Normalverdiener entlasten: Lohnsteigerungen müssen in erster Linie bei den Arbeitnehmern ankommen, der Staat darf nicht der Hauptprofiteur sein. Die Bundesregierung hat für 2019 und 2020 entsprechende Korrekturen am Steuertarif beschlossen. Es braucht eine nachhaltige Lösung. Auf Dauer muss der Einkommensteuertarif auf Räder gestellt, der Mittelstandsbauch abgebaut und der Eintrittspunkt des Spitzensteuersatzes deutlich nach oben verschoben werden.

Deutschland für den internationalen Wettbewerb fit machen

- Unternehmensteuerrecht modernisieren: Die Unternehmensteuern liegen in Deutschland bei über 30 Prozent. International sind fast nirgends mehr als 25 Prozent fällig. Um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss die Steuerlast auf Gewinne, die in Unternehmen bleiben, auf 25 Prozent begrenzt werden. Schwächen im Außensteuerrecht müssen korrigiert, für Steuerzwecke vorgegebene Zinssätze marktgerecht angepasst und Steuerbürokratie abgebaut werden.

- Forschung steuerlich fördern, Innovationen unterstützen: Die Bundesregierung arbeitet bereits an der steuerlichen Forschungsförderung. CSU und vbw wollen unternehmerische Forschung in Deutschland unabhängig von Förderprogrammen erleichtern. Dazu muss der Förderprozess so unbürokratisch wie möglich werden. Um internationalen Förderangeboten ein attraktives Angebot entgegenzusetzen, muss die Förderung auch große forschende Unternehmen bestmöglich erreichen. Für KMU ist es wichtig, Auftragsforschung, anders als vom Bundesfinanzministerium vorgesehen, auch beim Auftraggeber zu fördern. Um das Paket rund zu machen, müssen diverse steuerliche Regeln korrigiert werden, die die Finanzierung junger, innovativer Unternehmen behindern.
- Digitalisierung der Wirtschaft begleiten: CSU und vbw wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen. Dank ihrer starken Industrie sind Bayern und Deutschland auf Industrie 4.0-Märkten führend. Damit das so bleibt, muss der steuerliche Rahmen passen. Dazu müssen Abschreibungsfristen für Maschinen mit überwiegend digitalen Komponenten überprüft und wo erforderlich, realitätsgerecht verkürzt werden. Es muss möglich werden, Investitionen in die Digitalisierung degressiv abzuschreiben. Keinesfalls dürfen unsere digitalen Unternehmen über die in der EU geplante technologiefeindliche Sondersteuer im Wettbewerb benachteiligt werden. Reformen zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft müssen ohne Nachteile für deutsche Unternehmen international abgestimmt werden.

Abbau von Steuerbürokratie und Ausbau von Rechtssicherheit

- Grundsteuer als Einfachsteuer reformieren: CSU und vbw stehen geschlossen für den Erhalt der Grundsteuer. Die künftige Grundsteuer muss auf Flächenbasis einfach zu erheben sein, und sie darf insgesamt zu keinen Steuererhöhungen führen. Da andere Länder und das Bundesfinanzministerium diese Ziele nicht prioritär sehen, hat die CSU eine Länderöffnungsklausel durchgesetzt. Auf dieser Basis wird Bayern sein eigenes Grundsteuer-Modell umsetzen. Bei der Grunderwerbsteuer lehnen CSU und vbw geplante neue Missbrauchsvorschriften ab, soweit sie Unternehmen einseitig und unangemessen belasten.
- Erbschaftsteuer bei Betriebsübergängen: Anfang 2017 wurde die erbschaftsteuerliche Behandlung von Betriebsvermögen deutlich verschärft. Die neuen Regelungen sind teilweise noch nicht für den praktischen Gebrauch ausgereift. Das führt zu Rechtsunsicherheit, erheblichem Bürokratieaufwand und ungewollten Belastungen. CSU und vbw fordern, Klarstellungen vorzunehmen und Unstimmigkeiten auszuräumen.

- E-Government und schnelle Verfahren: CSU und vbw wollen die digitale Verwaltung vorantreiben und treten für bürokratiearme Verfahren ein. Die bayerische Finanzverwaltung nimmt bereits eine Vorreiterrolle ein. Weitere Maßnahmen werden in enger Abstimmung mit der Wirtschaft getroffen, mit dem Ziel, Besteuerungsverfahren vollständig papierlos zu gestalten. Zudem müssen Betriebsprüfungen zeitnah durchgeführt, Aufbewahrungspflichten elektronisch umgesetzt und Aufbewahrungsfristen kürzer werden.

Statt wirkungsloser Klimasteuer gezielte Maßnahmen umsetzen

- Es braucht Klimainnovationen in der Wirtschaft und Akzeptanz in der ganzen Breite der Gesellschaft. Wir stehen für eine Klimapolitik, die Ambition und Ausgleich verbindet. Eine nationale CO₂-Steuer füllt zwar die Staatskasse, hat aber keinen spürbaren Klimaeffekt, da es an der notwendigen Lenkungswirkung fehlt. Eine solche Steuer lehnen CSU und vbw ab. Unser Ansatz lautet: Belohnen statt bestrafen! Für uns gilt: Wer CO₂ vermeidet, soll steuerlich entlastet werden. Richtig ist es, zu prüfen, ob unterschiedliche Steuern und Abgaben mit CO₂-Bezug sinnvoll zusammenwirken. Dort, wo das nicht der Fall ist, müssen sie ohne Zusatzbelastung weiterentwickelt werden. Als Sofortmaßnahme wollen wir, dass Kosten, die Eigenheimbesitzern für energetische Sanierungsmaßnahmen entstehen, steuerlich gefördert werden.